

Briefe

Energiewende à la Suisse

Zur Abstimmung über das Energiegesetz; BaZ diverse

Allen Unkenrufen zum Trotz, die Energiewende ist eine Erfolgsgeschichte. Dank den Fördermassnahmen der Deutschen können wir heute alle von günstigen erneuerbaren Energien profitieren. Das hat zwar etwas gekostet, aber die Alternative, nämlich mehr Kohle- und Atomstrom, ist langfristig teurer und vor allem umweltschädlicher. Seit Beginn der Energiewende 1990 hat der Zubau der erneuerbaren Energien die abgestellten AKW ersetzt und erst noch geholfen, die Treibhausgasemissionen kontinuierlich zu senken.

Zwar haben sich die Endverbraucherpreise für die deutschen Haushalte verteuert, aber nur rund ein Drittel dieses Anstiegs ist auf die Förderung der Erneuerbaren zurückzuführen. Mittlerweile wurden die Fördermassnahmen angepasst und marktnäher gestaltet und können so reduziert werden.

Deutschland hat es vorgemacht, dass es geht. Das können wir auch! Mit der Energiestrategie 2050 können wir es noch besser machen und die kleinen Fehler ausmerzen. Ein Ja zur ES2050 bietet uns eine ungemein grosse Chance für eine nachhaltige Energiezukunft, die wir nicht einfach leichtfertig vertun sollten.

Sandro Benz, Basel

Unseriöses Energiegesetz

Das vorgeschlagene neue Energiegesetz ist eine unseriöse Sache. Im BaZ-Interview vom 10. 5. 2017 bringt dies Nationalrat Eric Nussbaumer klar zum Ausdruck, wobei er das Entscheidende bei der Energieversorgung nicht begriffen hat. Ihm scheint nicht bewusst zu sein, dass die Energieversorgung etwas Ernsthaftes ist, das – wie die Versorgung mit Nahrungsmitteln – immer klappen muss, nicht nur vielleicht oder hoffentlich.

Seine Aussagen zeigen, dass er die Spekulation vorzieht, wo Sicherheit gefragt ist. Er hofft, dass die unerlässliche Speicherung von unzuverlässiger, nicht bedarfsgerechter Stromproduktion aus Fotovoltaik und naturverschandelnder Windkraft irgendwann einmal möglich sein wird. Das ist nicht verantwortungsvoll und kann nicht als Grundlage dienen für eine neue Lösung der Stromversorgung, die erst noch enorme Kosten verursachen würde (gemäss Bund bis zu 3200 Franken pro Familie pro Jahr bis 2050).

Der gesunde Menschenverstand verlangt, dass wir an der aktuellen, vorzüglich funktionierenden Elektrizitätsversorgung festhalten und uns nicht auf gefährliche Spielereien einlassen.

Hanspeter Bornhauser, Bottmingen

Der Nutzen ist evident

Wie kann eine Partei, die das Wort «Liberal» im Namen führt, den Gegnern der Energiestrategie 2050 vorwerfen, keinen Plan zu haben? Keinen Plan zu haben, ist ja genau eine Eigenschaft des Liberalen! Liberal sein heisst, aus dem Experiment «Geschichte» zu lernen.

Erinnert sich die GLP nicht mehr des Scheiterns der Planwirtschaft vor knapp 30 Jahren? Liberal sein heisst, alles offen zu lassen und nicht in Regulierungen und Pfründen zu erstarren. Es heisst, keine Technologien zu verbieten.

Was wird wohl eher gefunden werden: Kernkraftwerke mit inhärenter Sicherheit gegen Kernschmelze oder die Lösung des Speicherproblems für Flatterstrom? Die GLP scheint es zu wissen; dank ihrer prophetischen Gabe sind ihre Mitglieder inzwischen Multimilliardäre. Wenn es um eigene Interessen geht, sind sie wie jede Lobbyorganisation und die Liberalität hört auf.

Da sind andere Liberale bescheidener. Noch so eine liberale Eigenschaft: Nichtsdestotrotz ist es immer noch wahr, dass sich die Zivilisation nicht dadurch entwickelt hat, dass sich das durchsetzte, was die Menschen sich als das Erfolgreichste ausgedacht haben, sondern weil sich das weiterentwickelte, was sich als

das Erfolgreichste herausgestellt hat. Dies führte den Menschen darüber hinaus, was er sich ausdenken hätte können. Und zwar genau deshalb, weil er die Vorgänge nicht verstanden hat (Friedrich August von Hayek aus «Wider die Anmassung von Wissen»).

Markus Ringger, Birsfelden

Hat jemand Strategie gesagt?

Ja, was jetzt? Bis vor Kurzem hiess es noch hoch offiziell, die Energiewende bedinge fünf grosse Gaskraftwerke, um die Versorgung des Landes mit Strom sicherzustellen. Dies für den Fall, dass der Wind und die Sonne die Weh- und Schein-Vorgaben des Energieamts für die Jahre 2018–2050 auch einhalten. Und die Menschen in der Schweiz ihren Energiekonsum wie von Bern verordnet um fast die Hälfte zurückfahren. Falls nicht, braucht es vielleicht acht Gaskraftwerke. Oder mehr.

Aber jetzt, im Abstimmungskampf, würde Frau Leuthard staunen, wenn die früheren Aussagen ihrer Beamten immer noch gültig wären, wie Dominik Feusi in seinem Artikel vom 3. Mai aufzeigt. Es würde ja auch nicht ganz dem Kampagnenargument «Abhängigkeit vom Ausland reduzieren» entsprechen, wenn in Zukunft auch unsere Stromproduktion über Gasventile in Russland und Iran praktisch in Echtzeit beeinflusst werden könnte.

Für die Pläne des Departements Leuthard braucht es auch etwa 400 bis 10000 Windräder auf unseren Kreten. Und viele Sonnenkollektoren. Wie viele, ist allerdings unbekannt und hängt nicht zuletzt von der Anzahl Vollzeitstellen ab, die die Subventionsgesuche in der gewollten Zeit abarbeiten sollen. Die ganze Übung kostet jeden Haushalt in der Schweiz einen jährlichen Betrag von 40 bis 3200 Franken. Ausserdem beinhaltet der Plan, Stromspeicher zu erstellen, die eine Technologie erfordern – die bis dann erfunden sein muss –, die den Strom, der vielleicht produziert wird, speichern kann bis zu dem Moment, an dem er gebraucht wird.

So weit also der Plan für die nächsten 35 Jahre. Und das nennt sich hochtrabend «Strategie».

Man kann die Ziele des Departements Leuthard unterstützen oder nicht. Aber das Einzige, was bis jetzt einigermaßen sicher gesagt werden kann, ist, dass die Vorlage ziemlich viel Geld von den Konten der Stromkonsumenten und Steuerzahler anderswohin verschieben wird. Alles andere ist unklar. Eine solche Vorlage ist unausgereift und wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit scheitern. Den Namen «Strategie» verdient sie ganz sicher nicht. Nutzen wir die Gelegenheit, sie an den Absender zurückzuschicken.

Dr. Dimitrios Papadopoulos, Rheinfelden

Natur als Ganzes bedroht

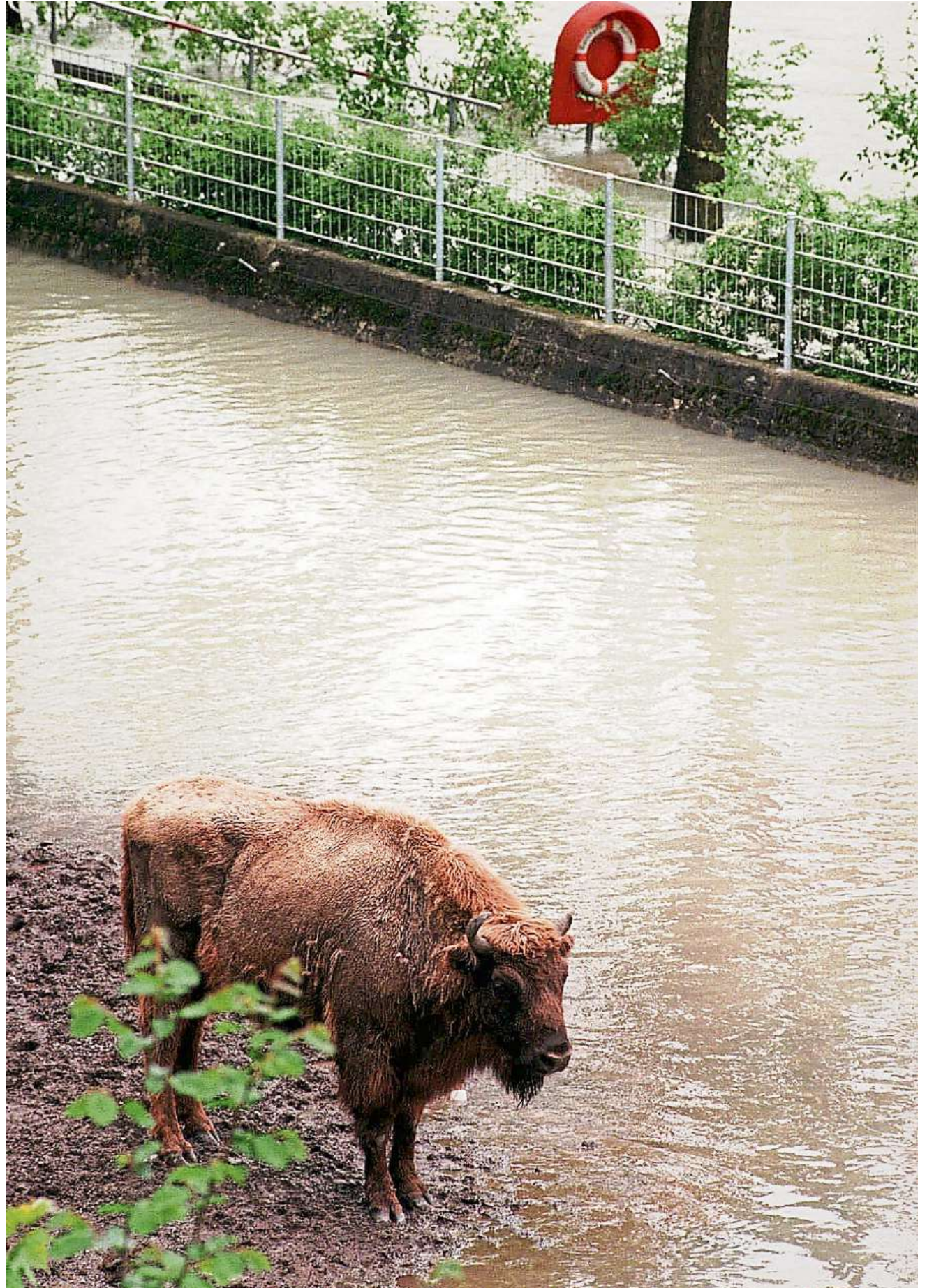
Windräder sind unrentabel, sie verschandeln die Landschaft und sind eine Gefahr für die Vögel, sagen die Gegner der Energiestrategie. Das ist nachvollziehbar. Wo bleibt aber die Logik, wenn man als Alternative die Kernkraft bezieht? Bei unsorgfältigem Umgang mit ihr oder bei einer Katastrophe ist die Natur als Ganzes bedroht. Und wie verhält es sich mit den Kosten für den Bau und den Rückbau eines Kernkraftwerks, ganz zu schweigen von der «Entsorgung» des Abfalls? Käthi Koenig, Laufen

Vom Bundesrat angelogen

Erinnern Sie sich? Das sagte der Bundesrat zu Schengen-Dublin: «Erhöhung der Sicherheit, Kosten von 7,4 Millionen pro Jahr». Realität: Nicht einmal die Aussengrenzen der EU sind gesichert, der Einbruchtourismus ist alltäglich, die Kosten bei annähernd 100 Millionen pro Jahr.

Erinnern Sie sich? Das sagte der Bundesrat zum Personenfreizügigkeitsabkommen: «Die Zuwanderung beträgt circa 10000 Personen/Jahr.» Realität: Zeitweise bis 100000 Personen pro Jahr. Sie werden sich erinnern. Das sagt der Bundesrat zur Energiewende:

Heute vor 18 Jahren



15. 5. 1999. Zu viel Wasser in Bern. Das Bild stammt nicht aus irgendeiner Savanne dieser Welt, sondern aus dem Tierpark Dählhölzli in Bern. Allein und verlassen steht ein Bison an der Aare, auch etwas ratlos – er wartet auf seine Retter, die ihn aus dem Tierpark in Sicherheit bringen werden. Anhaltende Regenfälle hatten das Wasser der Aare und weiterer Flüsse stark ansteigen lassen. Der Tierpark wurde durchflutet, die Bewohner konnten nicht bleiben. Schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde damals auch das Mattequartier der Bundesstadt – wie das Dählhölzli praktisch auf gleicher Höhe wie die Aare gelegen. Auch die Matte-Bewohner mussten raus – die Behörden empfahlen dringend, die Häuser zu verlassen. Foto Keystone

«Reduktion des Energieverbrauchs von 43 Prozent pro Person bis 2050; Kosten 40 Franken pro Jahr und Person».

Bei einem Nein zur Energiewende müssen Sie nicht konstatieren, dass Sie auch in dieser Frage vom Bundesrat massiv angelogen werden. Deshalb: ein Nein für eine gesicherte Energieversorgung ohne massive Stromlücken und -Ausfälle im Winterhalbjahr.

Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat SVP

Zu viele Schwachstellen

Der Tenor der Befürworter des Energiegesetzes ist geprägt vom unbeirraren Glauben an das Gute der Abstimmungsvorlage. Der neuerdings wieder positiv besetzte Begriff «nationale Unabhängigkeit» oder Schlagworte wie «Geld bleibt im Lande» prägen die Argumentation. Dazu gesellt sich eine breite Allianz derjenigen, die sich auch unter die Subventionsdusche aus Steuer- und Gebühren geldern stellen wollen. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Inhalt des 46-seitigen, harten Energiegesetzes (nicht «Strategie») findet nicht statt.

Nehmen Sie sich ein wenig Zeit und lesen Sie in Ruhe Artikel 3: staatliche Vorgaben für den individuellen Energieverbrauch; eine Reduktion von 43 Prozent in 18 Jahren bei der Gesamtenergie und beim Strom um 13 Prozent. Oder Artikel 12: erneuerbare Energie-

anlagen werden im Konfliktfall mit dem eidgenössischen Natur- und Heimatschutzgesetz bevorzugt behandelt. Für Landschaften und Lebensräume eine weitere Niederlage. Oder Artikel 55/56: Ein riesiger Aufwand für Datenbereitstellung, -auswertung, Monitoring und Kontrollen begleitet die geplante Umsetzung.

Mit diesem Massnahmenberg verbindet sich die trügerische Hoffnung, die energetische Unabhängigkeit der Schweiz zu erreichen. Das Energiegesetz hat zu viele Schwachstellen und strotzt vor staatlich verordneten Massnahmen. Nur ein Nein zwingt die Politik, eine realistische Alternative zu erarbeiten.

André Schenker, Münchenstein

Windräder sind keine touristische Attraktion

Es ist empfehlenswert, die Art. 8 Abs. 3, Art. 10 und vor allem Art. 12 Abs. 1, 2, 3 vor dem Ausfüllen zu lesen! Das nationale Interesse an der Nutzung der erneuerbaren Energien steht offenbar über dem von Natur- und Heimatschutz (NHG). Das heisst: Trotz gesetzlich geschützten Gebieten kann der Bund bauen, was immer er will!

Das ist nicht im Sinne unserer geschützten Gebiete und Zonen, die einzigartig sind und auch wirtschaftlich für den Tourismus und die davon abhängigen Orte eine Bedeutung haben.

Es ist kaum anzunehmen, dass Windräder in solchen Gegenden eine touristische Attraktion sein werden – im Gegenteil.

Esther Huber, Basel

Angstmacherei mit erfundenen Fakten

Der Gegnerschaft der Energiestrategie mangelt es offenbar an stichhaltigen Argumenten. Anders ist diese Angstmacherei mit erfundenen «Fakten» nicht zu erklären. Niemand wird wegen der Energiewende kalt duschen oder ohne Klimaanlage Auto fahren müssen. Die Energiestrategie 2050 ebnet den Weg für eine breit abgestützte, saubere und eigenständige Energieversorgung.

Ein Ziel ist, weniger Energie zu verbrauchen, ohne auf den gewohnten Lebensstandard zu verzichten. Die absolut sauberste und günstigste Energie ist jene, die nicht verbraucht und somit auch nicht erzeugt werden muss. Trotzdem wird auch in Zukunft viel Energie benötigt. Durch vielfältige Nutzung von erneuerbaren Energien wird dies erreicht. Diese Energien zu nutzen, löst grosse Investitionen im eigenen Land aus, was Tausende Arbeitsplätze sichert oder neu schafft, während die Wertschöpfung in der Schweiz bleibt. Wer am 21. Mai ein Ja in die Urne legt, sagt Ja zu einer sauberen und unabhängigen Energieversorgung in der Schweiz.

Markus Schmidlin, Dittingen